Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 168. Montag den 16. Juni 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 9. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 30. dss. Mts.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 35. Bekanntmachung, eine Anleihe der Stadt Leipzig betreffend; vom 8. Mai 1884.
" 36. Bekanntmachung, eine Anleihe der Stadt Annaberg betreffend; vom 8. Mai 1884.
" 37. Bekanntmachung, die Ernennung von Commissaren für den Bau mehrerer Secundär-Eisenbahnen betreffend; vom 13. Mai 1884.
" 38. Bekanntmachung, die Uebertragung des Baues zweier Secundär-Eisenbahnen an die Generaldirection der Staatseisenbahnen betreffend; vom 13. Mai 1884.
" 39. Gesetz, die Ausführung des Reichsgesetzes über Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit vom 3. Juli 1883 betreffend; vom 12. Mai 1884.
" 40. Verordnung, die Ermittelung und Feststellung der nach dem Gesetze vom 12. Mai 1884 für auf obrigkeitliche Anordnung vernichtete oder beschädigte Reben zu gewährenden Entschädigungen betreffend; vom 14. Mai 1884.
" 41. Verordnung zu Ausführung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1883, die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit betreffend; vom 20. Mai 1884.
" 42. Verordnung, die Schlachtsteuer von den auf Anordnung der Polizeibehörden wegen Seuchen getödteten, oder wegen der Folgen der Schutzimpfung gegen Lungenseuche geschlachteten schlachtsteuerpflichtigen Viehstücken betreffend; vom 30. Mai 1884.

Leipzig, den 13. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kibyl.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die in jüngster Zeit in einem Hause der Süd… vorgekommenen Pockenerkrankungen wird hierdurch be…gemacht, daß vorläufig für die vier nächsten Donnerstage, und zwar den 19. und 26. Juni, 3. und 10. Juli, Nachmittags von 4 bis 6 Uhr für die Südvorstadt besondere Impftermine in dem Zeitzer Straße 33 belegenen Restaurant zum „Tivoli" abgehalten werden.

Es werden daselbst nicht nur die nach dem Reichs-Impfgesetz vom 8. April 1874 impfpflichtigen Kinder und bez. Zöglinge, sondern auch **erwachsene Personen** unentgeltlich geimpft.

Im Uebrigen wird Bezug genommen auf den Inhalt der Bekanntmachung vom 7. Mai 1884, die diesjährigen Impfungen betreffend.

Leipzig, am 14. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

In der Zeit vom 3. bis mit 7. Juni 1884 erlangten das hiesige **Bürgerrecht:**

Beerbaum, Gustav Albert Julius, Zimmermann;
Bernd, Otto Franz, Kisten- und Spielwaarenhändler;
Boden, Friedrich Wilhelm, Kellner;
Fritzsche, Emil Richard, Buchhalter;
Fritzsche, Friedrich Bernhard, Böttchermeister;
Gehler, Carl August, Schaffner;
Gelpke, Hermann Heinrich Wilhelm, Apotheker;
Gräfe, Carl Hermann, Schaffner;
Grebler, Ferdinand Adolph Julius, Feuerwehrmann;
Hoffmann, Heinrich Dietrich, städt. Straßenbau-Assistent;
Hermann, Moritz Bruno Oscar, Kaufmann;
Kläbe, Carl Julius, Glasermeister und Musiker;
Kormann, Carl Friedrich, Procurist;
Korndörfer, Ernst Adam Ferdinand, Stadt-Orchestermitglied;
Krebs, Alexander Emil, Kaufmann;
Kroft, Carl Robert, Procurist;
Kunze, Carl Friedrich Robert, Amtsgerichtscopist;
Lommatzsch, Robert Ludwig, Reisender;
Ludwig, Louis Robert Alfred, Architekt;
Neubert, Johann Friedrich, Postschaffner;
Rosenlöcher, Ernst Bernhard, Feuerwehrmann;
von Rüdiger, Carl Gottlieb Christian Louis, Kaufmann;
Schimpsky, Carl Richard, Reisender;
Schindler, Carl Ludwig, Schaffner;
Schmidt, August Ferdinand Robert, Feuermann a. d. Staatsb.;
Schneider, Hermann, Feuerwehrmann;
Schneider, Johann Franz, Holzausgeber;
Schrader, Christian Paul Philipp, Kaufmann;
Wagner, Heinrich Max, Kaufmann;
Weichhart, Carl, Schriftgießer;
Worms, Arthur, Procurist;
Ziegenhorn gen. Richter, Friedrich Wilhelm, Schriftgießer.

Wohnungs-Vermiethung.

Im zweiten Stockwerk des Hintergebäudes des Grundstücks Zur Grünen Linde, Petersteinweg Nr. 11, ist eine **aus 1 Stube, 2 Kammern und 1 Küche** bestehende **Wohnung vom 1. October dieses Jahres** an gegen **einvierteljährliche Kündigung** anderweit **zu vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium der zu vermiethenden Wohnung eingesehen werden.

Leipzig, am 11. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig.

Donnerstag, den 19. Juni d. J., Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: Bericht des Standesausschusses: 1) Ueber privatärztliche Zeugnisse in staatsbürgerlicher und rechtlicher Beziehung; 2) Unterstützung des Düsseldorfer Antrags, dass die für den Aerztetag bestimmten Referate zuvor veröffentlicht werden. (Ref. Dr. E. A. Meissner). — Gutachten des Sanitätsausschusses über den comprimirten Druck des „Aerztlichen Vereinsblattes". (Ref. Dr. Stimmel.)

Dr. Ploss.

Grundstücksversteigerung.

Von dem unterzeichneten Amtsgericht sollen auf Antrag der Liquidatoren der in Folge anderweiter Krankheit eines Theilhabers aufgelösten Firma **H. & W. Kradisch in Leipzig** die dieser Firma gehörigen, in **Knautkleeberg** gelegenen, aus Dampfziegelei, Oeconomie-, Wohn- und Nebengebäuden, Feld und Wiesen bestehenden Grundstücke Fol. 81, 86, 88 und 104 des Grundbuchs, Nr. 223, 288, 289, 305, 306, 228, 234, 235, 225, 230, 293, 126 und 126a des Flurbuchs für Knautkleeberg nebst den dazu gehörigen Maschinen und lebenden und todten Inventarstücken im Gesammtwerth von ca.

113,000 Mark

Mittwoch, den 18. Juni 1884, Vormittags 11 Uhr

an unterzeichneter Gerichtsstelle freiwillig öffentlich versteigert werden.

Die Beschreibung und Taxen der Grundstücke, Gebäude, Maschinen und der Inventarstücke, sowie die Versteigerungsbedingungen sind aus den im Bernau'schen Gasthof in Knautkleeberg und am Gerichtsbret hier aushängenden Anschlägen ersichtlich.

Markranstädt, den 28. Mai 1884.

Königl. Amtsgericht daselbst.
Flohr. J.

Nichtamtlicher Theil.

Die Dampfervorlage vor dem Reichstage.

Nach der Theorie, welche der Abgeordnete Bamberger in der letzten Reichstagssitzung aufgestellt hat, hängt das Schicksal jeder Vorlage, welche dem Reichstage gemacht wird, von der geschickten Empfehlung derselben durch die Motive und die Regierung ab, auf den Werth und die Wichtigkeit der Vorlagen kommt es nicht an. Angenommen, diese Theorie wäre richtig, so würde doch zunächst darüber Bestimmung zu treffen sein, wer das Censoramt hinsichtlich der geschickten oder ungeschickten Motivirung einer Vorlage üben soll. Der Abgeordnete Bamberger ist für dieses Amt bestimmt nicht qualificirt, denn für ihn haben nur Zahlen Werth, höhere ideale Gesichtspuncte existiren für ihn nicht, wie er am Sonnabend in klarster Form ausgesprochen hat. Staatssecretair Stephan führt als Hauptgrund für die Vorlage an, daß gegenwärtig der größte Theil des deutschen Post- und Waarenverkehrs nach Asien und Australien auf Dampfern fremder Staaten befördert werden muß und daß dadurch das Gefühl der Abhängigkeit von diesen Staaten, namentlich von England und Frankreich entsteht. Dieser Grund ist für Herrn Bamberger nicht durchschlagend genug, er will den zahlenmäßigen Beweis für die Rentabilität der neuen Dampferlinien geführt wissen, sonst kann er die geforderte Summe nicht bewilligen. Das mag für einen Banquier der richtige Standpunct sein, der seine Betheiligung an einem Geschäft von dem Nachweis abhängig macht, daß dasselbe auch gewinnbringend ist, für einen Volksvertreter kommen doch aber so zu sagen noch andere Dinge in Betracht. Wenn man Herrn Bamberger hätte um Rath fragen wollen, als das deutsche Reich begründet wurde, da würde er möglicher Weise auch die Aufmachung einer Rentabilitätsrechnung verlangt haben, bevor er sein Einverständniß kundgegeben hätte. Herr Bamberger weiß, daß der Verkehr mit Ostasien jetzt von Frankreich, England und Holland durch 54, mit Australien durch 65 Dampfer vermittelt wird und trotzdem sträubt er sich dagegen, mit der Einrichtung deutscher Dampferverbindungen auf diesen Linien auch nur den Anfang zu machen. Das ist ja eben das Niederdrückende für uns Deutsche, daß wir in dieser Beziehung von England, Frankreich und Holland vollständig in den Schatten gestellt werden und deshalb wollen wir endlich einmal diesem unerträglichen Zustande ein Ende machen. Dem gegenüber ist es eine wahre Erquickung zu hören, was Staatssecretair Stephan sagt: „Wir würden etwa 14 Schiffe brauchen mit entsprechender Bemannung, das wäre doch auch immer ein hübscher Zuwachs für die Flotte. Ich bin fest überzeugt, daß wir in 10 Jahren so bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht haben werden, daß Niemand wird begreifen können, wie jemals dagegen Widerspruch erhoben werden konnte."

Wenn wir bei nationalen Angelegenheiten den Bamberger'schen Maßstab anlegen wollten, dann würden wir auch keine deutsche Flotte haben. Wenn wir an die traurige Zeit denken, als das deutsche Flottenmaterial einst öffentlich versteigert wurde und wenn wir uns dann vergegenwärtigen, welch' stolze Flotte Deutschland heute sein eigen nennt, dann muß es uns zum Bewußtsein kommen, was durch Eifer und Ausdauer vereint mit nationaler Begeisterung zu Stande gebracht werden kann. Aber freilich ohne diese Begeisterung können wir nichts Großes erreichen. Als im Jahre 1839 der erste Spatenstich für die Berlin-Potsdamer Eisenbahn gemacht wurde, da ahnte Niemand, welche großartigen Eisenbahnverbindungen Deutschland im Jahre 1884 haben würde, aber wenn etwas wachsen und gedeihen soll, so muß vor allen Dingen ein Anfang gemacht werden. Wenn bei Einrichtung der ersten Post über die Höhe des Briefportos Berechnungen angestellt worden wären, dann würden wir heute nicht die Wohlthat genießen, für das Porto von 10 ₰ Briefe hunderte von Meilen weit befördern lassen zu können. Rechnen soll man da, wo es angebracht ist, wo es sich um Steuern handelt, wo Ersparnisse nicht nur möglich, sondern nothwendig sind, aber bei Schaffung einer nationalen entwicklungsfähigen Einrichtung dürfen solche Rücksichten nicht entscheidend sein. Was sind denn 4 Millionen Mark für einen nationalen Zweck? Diesen Maßstab mochte der im Jahre 1866 selig entschlafene Bundestag anlegen, für den deutschen Reichstag ziemt es sich, einen freieren höheren Standpunct einzunehmen. Deshalb brauchen wir noch lange nicht in den Fehler der Geldverschleuderung zu verfallen, eine deutsche Postdampferverbindung mit Ostasien und Australien ist etwas sehr Greifbares und Praktisches, dabei handelt es sich nicht um Phantome und Schattenbilder, die bei naher Betrachtung in eitel Dunst zerfließen.

Herr Bamberger sagt: „Eine künstliche subventionirte Schiffahrt bedroht die selbstständige, auf eigene Kraft gestellte Rhederei aufs Bedenklichste." Ja, was soll denn das heißen? Auf natürlichem Wege kommen doch überhaupt keine Dampferlinien zu Stande und wenn der Privatunternehmungsgeist sich bisher nicht hat entschließen können, die nöthigen überseeischen Verbindungen zu schaffen, so muß ihm eben der Staat zu Hilfe kommen. Durch Einrichtung der beantragten Dampferlinien soll die Rhederei in ihren Lebensinteressen bedroht werden, im Gegentheil, dadurch wird eine neue Bahn für die Entwickelung der Rhederei gebrochen, Kräfte, die bisher geschlummert haben, werden dadurch erst zum Leben erweckt. Der Abgeordnete Meyer-Bremen, der doch auch etwas davon versteht, hat erklärt, daß die Vorlage nach seiner langjährigen Erfahrung gerade das Richtige treffe. Hoffentlich wird sich im deutschen Reichstage trotz Richter und Bamberger doch noch eine Mehrheit finden, die vorurtheilsfrei genug ist, um die paar Millionen für ein hochwichtiges, nationales Unternehmen zu bewilligen. Ja, wenn es sich um Ausrüstung einer Expedition handelte, die auf Annexion von Ländern in fernen Gegenden abzielte, da wäre es angebracht, von altpreußischer Sparsamkeit zu reden, welche der Abgeordnete gegen die Vorlage ins Treffen geführt hat. Aber das wäre in diesem Falle eine sehr übel angebrachte Sparsamkeit, weil sie uns die Möglichkeit beraubt, die uns gebührende Stellung auf dem Weltmeer neben England und Frankreich dermaleinst einzunehmen. Natürlich können wir nicht sofort mit einer Armada in See stechen, wir machen Das, wie wir das nach „altpreußischer Ueberlieferung" zu thun gewohnt sind, indem wir von kleinen Anfängen zu großen und bedeutenden Entwickelungen fortschreiten. Die Vorlage ruht jetzt bei der Budgetcommission; hoffen wir, daß diese der Sache das richtige Verständniß entgegenbringt. Heute kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß die Ablehnung der Samoavorlage seiner Zeit ein Fehler war; die Colonial-Idee hat sich trotzdem auf anderem Wege Bahn gebrochen, jetzt sind unsere Hoffnungen auf Südafrika gerichtet, und auch dort wird sich aus kleinen Anfängen voraussichtlich Großes entwickeln. Fürst Bismarck hat das Wesen der Sache getroffen mit den Worten: „Die Hebung des deutschen Verkehrs mit den überseeischen Ländern ist von nationaler Bedeutung." Von diesem Standpuncte aus ist die Vorlage zu beurtheilen, nicht von engherzigen Sparsamkeits- und Rentabilitätsrücksichten. Die darauf verwendeten Kosten sind fruchtbringend verwendet, wenn der deutsche Name dadurch in fernen Ländern an Einfluß und Achtung gewinnt, die materiellen Folgen ergeben sich dann von selbst und der Gewinn, der damit verbunden ist, wird auch die hoffnungsvollsten Rentabilitäts-Berechnungen noch weit hinter sich zurücklassen.

Leipzig, 16. Juni 1884.

In der unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher am 13. Juni abgehaltenen Plenarsitzung des **Bundesraths** wurde die Rechnung der Casse des Rechnungshofes für 1882/83 dem zuständigen Ausschusse zur Vorberathung überwiesen. Dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, ertheilte die Versammlung mit einigen Abänderungen die Zustimmung. Durch diese Beschlußfassung wurde eine Eingabe, betreffend die Erhöhung des Eingangszolles auf Cacaopulver, für erledigt erklärt. Ablehnend beschieden wurden die Eingaben, betreffend den zollfreien Einlaß älterer Werke der Kunst und des Kunstgewerbes; die Zolltarifirung von Lederpappe; die Zolltarifirung von Kirschen-Zahnpasta; die Zolltarifirung von Schieferblöcken. Die Versammlung genehmigte die am 13. Mai d. J. im Haag unterzeichnete Literarconvention mit den Niederlanden und wählte für die Verhandlungen im Reichstage mehrere Commissarien. Schließlich wurde über die geschäftliche Behandlung zweier Eingaben von Privaten Beschluß gefaßt.

* Die „Berl. Polit. Nachr." schreiben: Den ersten Angriff gegen die **Postdampfer-Subventionsvorlage** machte der Abgeordnete Bamberger im Reichstage. Derselbe zeigte die Schwäche seines Standpunctes besonders darin, daß er alles und jeden Punct besser wissen wollte, als die Regierung. Nach seinen Darlegungen ist er der Fachmann und die Commissare der Regierung sind Laien. Wenn die Regierung in den Deutsch-Freisinnigen eine gentlemanlike Opposition vor sich hätte, so würde bei solchen Vorlagen, wie die eben besprochene dasjenige, was von objectiver Richtigkeit und großem Nutzen für das Vaterland ist, auch von der Opposition anerkannt, zum Wenigsten nicht angegriffen werden — aber es ist eine bekannte Thatsache, daß die „Deutsch-Freisinnigen" bei jeder bedeutenderen Vorlage dieselbe Taktik befolgen, welche der Abgeordnete Bamberger speciell bei dieser Frage wieder zur Anwendung brachte: nichts, absolut nichts anzuerkennen: jede Aufstellung der Regierung als falsch und jede Absicht derselben als unvortheilhaft zu beurtheilen. Eine solche Form der Kritik muß am ersten im Stande sein, das Volk zu überzeugen, daß die Aufrichtigkeit und die guten Absichten wahrhaftig nicht auf Seiten des rechthaberischen Herrn Bamberger und seiner Freunde zu finden sind. Und der Reichskanzler hatte daher ganz recht, die zweistündige Anstrengung des Herrn Bamberger damit abzufertigen, daß er sagte, die Beweislast in dieser Sache liege nicht der Regierung ob, dieselbe wolle nur eine Anregung geben. Der Angelpunct der Bamberger'schen Rede lag darin, daß er das Hauptmotiv der Vorlage in dem Wunsche, den Export zu vermehren, erblickte. Jedermann folgt seinen Neigungen, so auch der Abgeordnete Bamberger, auf den das Wort „Export" entschieden magnetischer einwirkt als die Worte „Postalische Interessen" und „Interessen der Marine". Er befand sich in seinem richtigen Fahrwasser, als er dem staunenden Reichstage die große Weisheit verkündete, daß jeder Export auch ein entsprechendes Maß von Import fordere und daß die Regierung letzteren … perhorrescire. Ja ist denn das wirklich wahr, Herr Bamberger? Würde denn die Regierung eben diese Maßregel zur Beförderung des überseeischen Verkehrs vorgeschlagen haben, wenn sie nicht auch Rückfrachten für diese Dampfer in Aussicht genommen hätte? Perhorrescirt die Regierung denn etwa die Zolleinnahmen? Größeren wissenschaftlichen Werth hatten die anderen Argumente des Herrn Bamberger auch nicht.

* Gegenüber den kurzsichtigen Auslassungen der sogenannten freisinnigen Tagesblätter bezüglich der **Postdampfervorlage** unserer Regierung verdient daran erinnert zu werden, daß **Graf Cavour** im Juli 1853 im sardinischen Parlament ein Gesetz einbrachte, das zur Unterstützung einer regelmäßigen Schiffsverbindung zwischen Genua und Nord- und Südamerika die Summe von 624,000 Frcs. bewilligte. Das Königreich Sardinien zählte damals 4½ Millionen Einwohner. Erwähnt sei, daß das sardinische Parlament im gleichen Jahre auf Vorschlag des Grafen Cavour 10 Millionen Francs für eine Schienenverbindung mit Deutschland über den Lukmanier-Paß, welchem zu jener Zeit der Vorzug vor dem St. Gotthard-Paß gegeben wurde, aussetzte. Ob der italienische Staatsmann den richtigen Weg zur Wohlfahrt seines Volkes wandelte, darüber hat die Geschichte geurtheilt, er konnte auf seinem Sterbebette seinem tiefbewegten Freunde Minghetti die letzten Worte zuflüstern: Tutto è salvo, Alles ist in Ordnung.

* Von allgemeinem Interesse ist folgender Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", der einen bezeichnenden Gegensatz bildet zu den übelwollenden Auslassungen mancher conservativen Blätter, ein Artikel, den wir namentlich auch der aufmerksamen Lectüre unseres heimischen halbamtlichen Preßorgans empfehlen:

Am Mittwoch den 11. ist der Antrag des Abg. Windthorst auf Aufhebung des Internirungs- resp. Expatriirungsgesetzes, welcher schon früher einmal die Zustimmung des Reichstags gefunden hatte, wiederum mit großer Mehrheit angenommen worden.

Die Opposition gegen den Antrag fiel den Nationalliberalen zu, und dieser Umstand beschäftigt die Presse viel mehr, als die Frage nach dem Schicksal des Antrags selbst, da das Gesetz vom 4. Mai 1874 nach Lage der Verhältnisse ziemlich gegenstandslos geworden ist.

Aber man giebt sich die Miene, in der Haltung der Nationalliberalen gegenüber dem Antrag Windthorst, welchem seitens der Deutsch-Conservativen die wärmsten Sympathien zugewandt wurden, den Beweis zu finden, daß das Problem einer sogen. Mittelpartei gleich bei der ersten Probe gescheitert sei.

Die Schadenfreude indeß, mit welcher dieser Beweis zu führen versucht wird, scheint uns sehr unberechtigt zu sein.

Nach der von uns wiederholt erörterten Auffassung der Parteiverhältnisse kann es sich überhaupt nicht um die Bildung einer neuen Partei durch Zusammirung der bestehenden handeln, wenn man die Möglichkeit einer verläßlichen Majorität in der nächsten Reichstagssession ins Auge faßt. Ja, wir haben uns kürzlich sogar gegen allgemeine Wahlcompromisse ausgesprochen, durch welche den Wählern ein Zwang im lediglichen Fractionsinteresse angethan werden soll.

Das Wichtigste scheint uns zu sein, daß Conservative und Nationalliberale sich darüber verständigen, welche Ziele ihnen gemeinsam sind. Ist dies geschehen, so ergiebt sich von selbst die Nothwendigkeit der weiteren Verständigung, einmal über die Mittel zur Erreichung des Ziels, sodann zur Abwehr Derjenigen, welche sich diesen Zielen feindlich gegenüber stellen.

Nach den bekannten, hinlänglich gewürdigten Kundgebungen von nationalliberaler und conservativer Seite ist das Vorhandensein solcher gemeinsamen Ziele constatirt worden; ja noch mehr: es ist gleichfalls von beiden Seiten constatirt worden, daß es gerade diese Ziele sein werden, welche in den nächsten Jahren die Aufgaben der Gesetzgebung bestimmen werden.

Conservative und Nationalliberale haben sich bereit erklärt, die Socialreform, welche die Regierung in Angriff genommen hat, zu fördern; Conservative und Nationalliberale stehen ihrer Gemeinsamkeit auf der Grundlage der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881.

Wenn sich also die Nationalliberalen mit ihrem Votum vom 11. d. M. von den Conservativen getrennt haben, so präjudicirt sie nicht; um so weniger, als aus der Motivirung ihres Votums hervorgeht, wie dies auch nach der Neustädter Rede des Herrn Ober-Bürgermeisters Miquel nicht anders zu erwarten war, daß der „Culturkampf" nicht in die Sphäre ihrer Parteiinteressen falle.

Aber da das Gesetz vom 4. Mai 1874 nach allgemeiner Auffassung keine praktische Bedeutung mehr hat, — abgesehen von den mancherlei Rechtsfragen, welche durch die eventuelle Aufhebung nicht ohne Weiteres erledigt sein würden — so war es jeder Partei vorbehalten, ihren Standpunct zu den kirchenpolitischen Wirren zu markiren. Die Conservativen sind ihrer Gewissensregung gefolgt; die Nationalliberalen haben der praktisch politischen Auffassung ihr Recht widerfahren lassen, und sie sind wohl durch zwiefache Gründe darin bestärkt worden.

Einmal, weil nach den unzweideutigen Beweisen des Entgegenkommens von Seiten des Staates es immerhin bedenklich scheinen kann, diesem allein die Entwaffnung zuzumuthen; sodann aber mochte das Verhältniß, in welchem das Centrum zu den politischen Aspirationen steht, ein Verhältniß, welches durch parlamentarische Kundgebungen des Centrums so oft und scharf accentuirt worden ist, bei Erwägung des Windthorst'schen Antrages in Betracht gezogen worden sein.

Wir begreifen daher, daß die Nationalliberalen mit ihrem Votum vom 11. d. Mts. — „sterben" werden; wir vermögen aber auch nicht abzusehen, weshalb dasselbe von den Conservativen als Scheidungsgrund geltend gemacht werden sollte, während die Voraussetzungen einer gemeinschaftlichen Wirksamkeit auf einem ganz anderen Gebiete liegen und gefunden worden sind.

Gewiß werden die Conservativen bei ihrer Unterstützung der Regierung, soweit es sich um Socialreform handelt, in den meisten Fällen auf die Mitwirkung des Centrums rechnen — aber sie werden dabei doch niemals vergessen können, daß das Centrum sein praktisches Verhalten am Ende doch von Interessen abhängig macht, welche außerhalb der Sphäre der Reichspolitik liegen.

* Die Liste der neulichen **Abstimmung über den Antrag Windthorst,** wie sie jetzt im stenographischen Bericht vorliegt, ist nicht ohne Interesse. Der Antrag ist bekanntlich mit 217 gegen 40 Stimmen angenommen worden; der Stimme enthalten hat sich Niemand. Die 40 Stimmen der Minorität bestanden aus 27 Nationalliberalen, 6 Deutschconservativen, 4 Mitgliedern der deutschen Reichspartei, den beiden Ministern von Puttkamer und Goßler und einem Deutschfreisinnigen (Abg. Kutschbach). Zwei Mitglieder der nationalliberalen Partei, die Abgg. Bolze und Warmuth, stimmten mit der Mehrheit. Von der deutschfreisinnigen Partei fehlten bei der Abstimmung nicht weniger als 34 Mitglieder; man wird es nicht für diesen Zufall halten können, daß dies vorzugsweise solche Mitglieder waren, die bei der vorigen Abstimmung über denselben Antrag ablehnend votirt hatten. Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei, welche jetzt mit Ja, im vorigen Jahre mit Nein gestimmt haben, sind die Abgg. Büchtemann, Rohland, Barth, Braun, v. Bunsen, Dohrn, Eberty, Lipke, Lüders-Hessen, v. Schirmeister, Schrader, Struve, Wölfel.

* Der conservative Parteiführer **Herr v. Minnigerode** hat über die Gründe seines Verzichts auf eine Wiederwahl in den nächsten Reichstag unterm 9. d. M. an den Vorsitzenden des conservativen Vereins zu Elbing ein Schreiben gerichtet, in welchem es heißt: „Ein Doppelmandat für Abgeordnetenhaus und Reichstag ist auf die Dauer für mich unmöglich, und da ich durch die bereits für den kommenden Herbst bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage mich auf diesem Felde zunächst erleichtern kann, so steht mein betreffender Entschluß, und zwar schon seit mehr als Jahresfrist, fest. So liebenswürdig es auch von unseren politischen Freunden ist, mich bestimmen zu wollen, weiter zu candidiren, so glaube ich doch bitten zu müssen, von dieser Absicht Abstand zu nehmen; grade weil ich im Auge habe, mich noch länger dem öffentlichen Leben frisch und nach Kräften nützlich zu erhalten, deshalb bin ich zu dem Entschluß gekommen, diese parlamentarische aufreibende Beschäftigung auf das richtige Maß zu beschränken und zunächst auf den **Reichstag zu verzichten.**"

* Wie man hört, ist seitens des Centrums der **Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle** in Vorbereitung. Der Antrag ist offenbar für die bevorstehende Wahlbewegung